Vermögen ist Vorsorge

Der Sozialstaat macht die Verteilung der Vermögen nicht gleicher - im Gegenteil

Monika Bütler

NZZ am Sonntag, 7. November 2010

In wenigen Ländern sind die Vermögen noch ungleicher verteilt als in der Schweiz. Pünktlich zu Halloween wurde das Schreckgespenst der Klassengesellschaft wiederbelebt und seit Tagen in einem Teil der Presse mit teils furchterregenden Zahlen gefüttert. Den Stoff lieferte ein neues Buch zum Reichtum in der Schweiz. Die Studie ist interessant, und Sorgen zur Lage des Mittelstandes in der Schweiz sind durchaus berechtigt – allerdings nicht wegen der angeführten ungleichen Verteilung der Vermögen.

Das Vermögen einer Familie kann aus zwei Gründen gering sein. Entweder unfreiwillig, weil nach Steuern, Krankenkasse und den üblichen Ausgaben schlicht zu wenig bleibt. Oder aber freiwillig, weil Vermögensbildung angesichts der guten sozialen Absicherung gar nicht mehr nötig ist. Vermögen ist selten Selbstzweck, sondern hauptsächlich Vorsorge. Ein dickes Sparsäuli ermöglicht ein komfortables Leben im Alter, aber auch eine Auszeit, eine Weiterbildung oder grössere Anschaffungen.

Vermögen ist auch finanzielle Absicherung gegen Schicksalsschläge wie Krankheit oder Invalidität. Je grösser die Unsicherheit, desto stärker das Bedürfnis nach Vermögensbildung. Nicht umsonst sagt man: Geld macht nicht glücklich, aber es beruhigt. Umgekehrt gilt: Je besser die Menschen versichert sind, desto geringer die Notwendigkeit zur freiwilligen individuellen Vermögensbildung.

In den Vermögens-Statistiken der Schweiz fehlt zudem das Alterskapital der Pensionskassen und damit ein grosser Teil des schweizerischen Haushaltvermögens. Diese Vorsorgemittel tauchen in der Steuererklärung nicht einmal auf. Dabei erlaubt doch gerade die berufliche Vorsorge dem Mittelstand den gewohnten Lebensstandards im Alter auch ohne Vermögen weiterzuführen. Zählte man das Alterskapital zum Ersparten, so würde das Vermögen der Nichtreichen im Durchschnitt fast verdoppelt, bei den Superreichen ändert kaum etwas. Mit einem (sinnvollen) statistischen Dreh wäre ein Teil der Ungleichheit verschwunden.

Doch auch die nicht-kapitalbildenden Sozialversicherungen, die Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung, AHV und IV lockern den Zwang, Vermögen als Reserve für schlechte Zeiten anzusparen. Müssten wir ohne diese Versicherungen auskommen, wären wir gezwungen nur schon für den Invaliditätsfall mehrere Jahreslöhne als Puffer auf die Seite zu legen.

Die Zahlen aus den Industrieländern stützen diese Erklärungen. Wo die Vorsorge für den Mittelstand knapp ist, so in Italien oder Australien, ist die Vermögensverteilung gleichmässiger. Umgekehrt sind die Vermögen in

Dänemark ähnlich ungleich verteilt wie in der Schweiz: Die reichsten 10% der Dänen besitzen 76% der Vermögen, die reichsten 10% der Schweizer 71%. Nimmt man als Mass der Vermögensverteilung den Gini-Koeffizienten so ist Schweden das unerwartete Schlusslicht in der Gleichheitsrangliste. Die Vermögens-ärmsten 30% der schwedischen und dänischen Haushalte haben sogar Schulden. Dabei gelten Dänemark und Schweden als Musterbeispiele im sozialen Ausgleich. Die Ersparnisse eines Grossteils der Bevölkerung sind genau deshalb so gering, weil angesichts kollektiver Vorsorge die private Vorsorge im Wohlfahrtsstaat gar nicht nötig ist.

Paradoxerweise wird die ungleiche Vermögensverteilung in der Schweiz von denjenigen am lautesten beklagt, die sich gleichzeitig für ein möglichst enges soziales Netz einsetzen und damit für den Luxus kein Vermögen ansparen zu müssen. Erstaunlich auch, dass sich nicht alle jener Vermögens-ärmsten 90% (mit nur 29% des Reichtums) an der Verteilung stossen. Anders liesse sich kaum erklären, dass Vorschläge, eine moderate Erbschaftssteuer beizubehalten, in den letzten Jahren deutlich scheiterten. Dabei wäre eine solche eine viel gescheitere Massnahme zum sozialen Ausgleich als höhere Steuern auf Erwerbseinkommen.

Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und Direktorin des Schweizerischen Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung.